Arne Heise

Auf den Ruinen des Neoliberalismus

Wolfgang Streecks Vision eines besseren Europas – eine Replik

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Discussion Papers

ISSN 1868-4947/35
Discussion Papers
Hamburg 2013

Auf den Ruinen des Neoliberalismus

Wolfgang Streecks Vision eines besseren Europas – eine Replik

Arne Heise

Discussion Paper
ISSN 1868-4947/35
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
Januar 2013

Impressum:

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, Nachwuchswissenschaft-lerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Kathrin.Deumelandt@wiso.uni-hamburg.de
Fachbereich Sozialökonomie
Universität Hamburg – Fakultät WISO
Welckerstr. 8
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen Discussion Papers:
http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/forschung/zoess/publikationen/discussion-papers/

Irgendetwas stimmt hier nicht. Der Theoretiker der ‚wettbewerblichen Solidarität', der ausgangsorientierten, ‚marktförmigen Sozialpolitik'[1], der Politikberater der Agenda 2010[2] mit ihrer Kernforderung, durch Absenkung der Lohnersatzzahlungen die Dekommodifizierung von Arbeit soweit zu reduzieren, dass auch geringproduktive, personennahe Dienstleistungen wieder marktfähig werden, beklagt in seinem jüngsten Beitrag in den ‚Blättern für deutsche und internationale Politik'[3] die neoliberale Umerziehung der Bürger, die die demokratische Korrektur (soziale Gerechtigkeit) marktlicher Ergebnisse (Marktgerechtigkeit) immer weiter einschränke. Dies geschehe durch nationale Politikreformen wie eine regelgebundene Wirtschaftspolitik unter dem monetaristischen Diktat einer unabhängigen Zentralbank, durch Schuldenbremsen, aber auch mittels äußerem Druck, der durch die europäische Integration allgemein, vor allem aber das ‚frivole Experiment' (S. 66) einer Europäischen Währungsunion (EWU) geschaffen wurde. Eine gemeinsame Währung, so die Analyse Streecks, schaffe einen Zwang zu neoliberaler Reform – der Arbeitsmärkte, der Sozial- und Tarifvertragssysteme – und befördere so den Marktfanatismus und den Umbau der europäischen Gesellschaften zu ‚Marktgesellschaften', weil das Instrument des Wechselkurses als Verteidigung nationaler Institutionen, Traditionen und Kulturen in der Währungsunion verloren gegangen sei. Konsequent dann seine Forderung, das Experiment ‚Europäische Währungsunion' für gescheitert zu erklären und zu einem ‚geordneten System flexibler Wechselkurse' (S. 71), einem europäischen Bretton-Woods-System überzugehen.

Dem kritischen Leser gehen Sätze wie „Der Widerstand der von ihren Nationalstaaten vertretenen Völker gegen die Unterwerfung ihres Lebens unter die Marktgesetze wird von der *ecclesia militans*, der Marktreligion, als Unregierbarkeitsproblem wahrgenommen, das durch weitere Reformen derselben Art, durch *more of the same*, behoben werden muss und kann: durch neue Institutionen, die auch noch den letzten Rest an nationaler Artikulationsfähigkeit und politischer Willkürmöglichkeit aus dem System herausquetschen und ihn, nach weiterer Entmachtung der Regierungen, durch rationale Anreize zu schweigender Fügung in das vom Markt verhängte Schicksal ersetzen soll" (S. 67f.) als Beschreibung des eigenen Unbehagens sicher runter wie Butter und die Beobachtung „Aber wer der Kirche nicht angehört, der kommt aus dem Staunen über die Macht der Illusion und aus der Angst vor dem nicht heraus, was eine Theorie dadurch anrichten kann, dass sie nicht von dieser Welt ist" (S. 68) wird sicher von vielen ‚Blätter'-Lesern geteilt – es war übrigens auch etwa der Stimmungszustand des Autors dieser Zeilen beim Lesen so mancher Streeckscher Darstellungen, als es noch die Agenda-Politik zu rechtfertigen galt und sich etwa so las: „Der von Teilen der Bundesregierung und der SPD nach dem Regierungswechsel vertretene Vulgär-„Keynesianismus" war geeignet – und möglicherweise dazu konzipiert -, den Verteidigern der deutschen Hochpreisversion des Normalarbeitsverhältnisses zu suggerieren, dass eine neue Geld- oder gar eine aggressivere Lohnpolitik ihnen die Anstrengungen

[1] Wolfgang Streeck; International competition, supranational integration, national solidarity. The emerging constitution of ‚Social Europe', in: Martin Kohli und Mojca Novak, (Hrsg.) Will Europe Work?, London 2001, S. 21 – 34.

[2] Wolfgang Streeck, Rolf G. Heinze; Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs, in: Hans-Jürgen Arlt, Sabine Nehls (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion, Kritik, Karriere, Opladen 1999, S. 147 – 166 und Wolfgang Streeck; Schlechte Zeiten für Kleinverdiener; in: Die Mitbestimmung, H.3, 2002, S. 16 – 19.

[3] Wolfgang Streeck; Auf den Ruinen der Alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.12, 2012, S. 61 – 72. Alle Seitenangaben beziehen sich auf diesen Artikel.

und Risiken eines institutionellen Umbaus ersparen könnten. Mit dem Rücktritt des Finanzministers und Parteivorsitzenden ist dieser Hoffnung, glücklicherweise schon vor Eintritt bleibender Schäden, der Boden entzogen worden."[4] Zeigt sich im jüngsten ‚Blätter'-Artikel also ein ‚Postdemokratie- oder Marktkritik-Opportunismus' auf den Spuren von Colin Crouch[5] und Joseph Stiglitz[6] oder eine echte geistige Weiterentwicklung – wir wissen es nicht. Wie wir leider aus den Streeckschen Zeilen auch nicht sicher erfahren können, ob er die neoklassische Standardökonomie und seine neoliberalen Politikempfehlungen für eine gefährliche Ideologie im Sinne einer bewusst fehlerhaften Realitätsinterpretation zur Verfolgung partikularer Interessen oder aber eine zwar geeignete Interpretation allerdings nicht gerade gemeinwohlförderlicher Marktrationalität hält. In ersterem Falle müsste ihm es wohl in erster Linie darum gehen, diese Ideologie zu entlarven und ihre Dominanz brechen zu wollen – davon aber hört man nichts in Streecks Arbeit -, in letzterem Falle bleibt letztlich unklar, wieso die Reinthronisierung eines weiteren, des Devisenmarktes eine Abhilfe gegen die Dominanz der Marktkräfte über Politik und Demokratie schaffen soll.

Seine verächtlichen Bemerkungen zum ‚Vulgär-Keynesianismus'[7] lassen ebenso vermuten, dass er zwar die Logik der neoklassischen ‚Kirche' akzeptiert, als Wirtschaftssoziologe aber die scheinbar prekäre Folgerung geringer politischer und gesellschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten ohne ökonomische Effizienzeinbußen nicht goutiert – die Verweise auf die ungleiche Anfangsausstattung und nebulöse ‚kumulative Bevorteilung' (S. 65) sind dann doch recht schwache Angriffspunkte, denn die neoklassische Standardtheorie macht gerade keine normativen Aussagen über eine wie auch immer gestaltete Anfangsausstattung; diese ist immer politisch zu entscheiden (2. Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomie). Die mit viel Aplomb und radikaler Rhetorik vorgetragene Kritik an der anti-demokratischen Funktionalität des Marktes wird aber nur dann konsistent, wenn ein anderes als das neoklassische Ökonomieverständnis unterstellt wird – in der heterodoxen Wirtschaftswissenschaft ist der von Streeck geschmähte Keynesianismus hierfür immer noch ein brauchbarer und häufig verwendeter (und gegenüber dem früheren, kruden Standardkeynesianismus der 1970er Jahre längst weiterentwickelter) Kandidat. Mit ihm können Markt- und soziale Gerechtigkeit in ein vernünftiges und von der Realität gestütztes Verhältnis gebracht werden: Bereits die personelle Einkommensverteilung reiner Marktprozesse ist keineswegs technisch durch marginale Wertschöpfungsbeiträge (Grenzproduktivität) bestimmt, sondern das Ergebnis von durch informelle (z.B. Gerechtigkeitsnormen) und formelle (z.B. Kollektivvertragssysteme) Institutionen beeinflusste Aushandlungsprozesse – anders wäre wohl kaum begründbar, weshalb die Primärverteilungen z.B. in Ländern wie Schweden und Großbritannien so weit auseinanderfallen. Die Sekundärverteilung kann nach politischer Vorgabe durch Sozialpolitik jederzeit beeinflusst werden – da es sich hierbei um die personelle, nicht die funktionale Einkommensverteilung handelt, hat dies auch keine ernsthaften Einflüsse auf die allokative Effizienz der Ökonomien. Der Hinweis auf die Möglichkeit der Kapitalisten, sich durch Produktionseinschränkungen und damit ausgelöste Krise gegen Umverteilungsversuche zu wehren – gestützt durch den Verweis

[4] Wolfgang Streeck, Rolf G. Heine, a.a.O., S. 154.
[5] Colin Crouch; Postdemokratie, Frankfurt 2008
[6] Joseph E. Stiglitz; Moving Beyond Market Fundamentalism to A More Balanced Economy; in: Annals of Public and Cooperative Economics, Vol. 80, No.3, 2009, S. 345 – 360.
[7] Das oben angeführte Zitat geht folgendermaßen weiter: „Das politische Scheitern der ‚Nachfragetheorie' lenkt die Aufmerksamkeit zurück auf die institutionellen Reformen, ohne die unser Beschäftigungssystem nicht wieder inklusiv werden kann."

auf den marxistischen Ökonomen Michal Kalecki -, übersieht nicht nur die Konkurrenz der Kapitale, die schon Marx mit ‚Akkumulieret, akkumulieret – das Moses und die Propheten'[8] beschrieben hat, sondern unterlässt vor allem, den Mechanismus aufzuzeigen, wie das als Gefangenen-Dilemma bekannte Kooperationsproblem gelöst werden soll. Will man sich nicht verschwörungstheoretischer Untiefen hingeben, müsste gezeigt werden, wie und warum kollektive Akteure im Namen des Gemeinwohls und unter Verfolgung partikularer Verteilungsinteressen ökonomische Situationen (Krisen bzw. stagnative Entwicklungsregime) geschaffen haben, die die Institutionen unter Druck setzen, die sich einer anderen (personellen) Einkommensverteilung entgegensetzen. Auf (post-)keynesianischer und (wohl verstandener) kaleckianischer Grundlage[9] lässt sich dann zeigen, dass neoliberale Preisstabilitäts- und Haushaltskonsolidierungspolitik – also jene Politik der neoklassischen Standardökonomie, die seit mindestens drei Dekaden dominant geworden ist – genau diese gesamtwirtschaftlichen Folgen zeitigte, die die Argumentationsgrundlagen für jene schuf, die einen institutionellen Wandel fordern konnten, deren politische Umsetzung als ‚Agenda 2010' zwar sicher die personelle Einkommensverteilung in Deutschland drastisch (nach den Vorstellungen der ökonomischen Elite) aufbrechen ließ, nicht aber zu einer nachweislichen Verbesserung der eigentlichen Problemlagen – Wachstumsschwäche und unbefriedigende Beschäftigungsentwicklung - führte.

Sollte Streeck tatsächlich ein derart heterodoxes Ökonomieverständnis im Hinterkopf gehabt haben als er seinen ‚Blätter-Artikel' schrieb, wird allerdings sein Requiem auf die EWU haltlos. Zwar haben heterodoxe Ökonomen immer davor gewarnt, dass die Europäische Währungsunion keinen ‚optimalen Lohnraum' darstelle[10]. In der Konsequenz sind dann jene regionalen Ungleichgewichte zu erwarten, die gegenwärtig der Euro-Krise die realwirtschaftliche Basis liefern. Wenn die kritischen Ökonomen dennoch eine EWU befürworteten, dann einerseits, weil diese Entwicklungen bereits das Europäische Währungssystem (EWS) – jenes europäische Bretton-Woods-System, das Wolfgang Streeck im Kern jetzt wieder vorzuschweben scheint – kennzeichneten und zu sprengen drohten: In einem Festkurssystem bildet sich eine Währungshierarchie heraus, an deren Spitze der Währungshegemon (die D-Mark im alten EWS) die Geldpolitik der am System teilnehmenden Länder bestimmt und dessen Währung real unterbewertet ist[11]. Vielleicht erinnert sich Wolfgang Streeck noch an die kumulativen Leistungsbilanzdivergenzen im EWS und die mit der Schaffung einer gemeinsamen Währung verbundene Hoffnung, die (deutsche) Geldpolitik zu ‚europäisieren'[12]. Und hierin, in der Rückgewinnung von interventionistischem Handlungsspielraum, den

[8] Karl Marx; Das Kapital, 1. Band; in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 621.

[9] Dies ist ausführlich dargestellt in: Arne Heise; Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in verschiedenen Kapitalismusmodellen; in: ARBEIT, Jg. 15, H.4, 2006, S. 273 – 290.

[10] Dies ist u.a. beschrieben in Arne Heise; Theorie optimaler Lohnräume – zur Tarifpolitik in der Europäischen Währungsunion; in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Vol. 71, Nr. 3, 2002, S. 368 – 383 und Gustav Horn, Wolfgang Scheremet und Rudolf Zwiener (Hrsg.); Wages and the Euro, Heidelberg 1999, Klaus Busch; Europäische Integration und Tarifpolitik, Köln 1997.

[11] Vgl. Claus Thomasberger; Europäische Währungsintegration und globale Währungskonkurrenz, Tübingen 1993

[12] Eine einheitliche Währung reduzierte also nicht nur die Transaktionskosten für den innereuropäische Handel und Tourismus, sondern reduzierte auch die Risikoprämien aller Länder mit Ausnahme des Währungshegemons (also Deutschland) und, schließlich, senkte die Unsicherheitskosten, die durch Wechselkursänderungen entstehen. Zur Bedeutung der ‚Europäisierung' des Währungshegemons Deutschland für die Gründung der EWU vgl. Rudolf Hickel; Standort-Wahn und Euro-Angst, Reinbek bei Hamburg 1989.

zunehmend regional integrierte Wirtschaftsräume auf nationaler Ebene immer weiter einbüßten, lag andererseits die Hoffnung heterodoxer Ökonomen – gleichsam die ‚Re-Keynesianisierung' der Wirtschaftspolitik auf E(W)U-Ebene[13]. Selbstverständlich war es diesen Ökonomen klar, dass dies einen anderen, ‚marktkorrigierenden' (market braking) Integrationsmodus bedurfte als den auf ‚Marktschaffung' (market making) setzenden Ansatz der Standardökonomie. Ein Governancesystem mit einer Mischung aus europäisierten (z.B. Geld- und Steuerpolitik), national-koordinierten (z.B. Tarif- oder Sozialpolitik) und national verbleibenden Politikbereichen (z.B. die Arbeitsmarktpolitik) wäre ebenso zu schaffen gewesen, wie ein Mechanismus, der verschiedene makroökonomische Politikbereiche koordiniert[14]. Dass die Hoffnung auf eine derartige Entwicklung keineswegs illusionär oder gar naiv war, zeigt nicht nur die Übernahme beschäftigungspolitischer Verantwortlichkeit auf EU-Ebene durch die Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in die Europäischen Verträge[15], sondern auch die Schaffung des ‚Europäischen Makrodialogs' auf dem Kölner EU-Gipfel 1999 unter dem damaligen deutschen Finanzminister Oskar Lafontaine[16]. Ende der 1990er Jahre war mit einer Dominanz sozialdemokratisch geführter Regierungen in der EU eine Situation entstanden, die – zugegebenermaßen nur sehr kurzzeitig – die Möglichkeit eines substantiellen Richtungswechsels in der Gestaltung der europäischen Integration und der Ausgestaltung der europäischen, wie auch nationalen Wirtschaftspolitik bot. Hätte sich damals, wissenschaftlich durchaus von Wolfgang Streeck und seinem Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung unterfüttert[17], die ‚Markt-Sozialdemokratie'[18] Gerhard Schröders und Tony Blairs nicht gegen die ‚demokratische Linke' in der Sozialdemokratie durchgesetzt[19], wären heute möglicherweise andere Governance-Strukturen in der Eurozone vorhanden und die Krisendiagnose und –bekämpfung könnte nicht mehr so einseitig auf Spar- und Austeritätsprogramme setzen wie wir dies heute erleben müssen.

Die Hoffnung, die Wiedereinführung des Wechselkursmechanismus könne den Nationalstaaten jene Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung wiedergeben, die sie im Zuge der zunehmenden regionalen und globalen Integrationsprozesse längst verloren haben, ist naiv und gefährlich gleichermaßen. Naiv ist nicht nur der Glaube, der Wechselkursmechanismus stelle so etwas wie einen ‚free lunch', also eine Medizin ohne Nebenwirkungen, dar. Tatsächlich kann eine Wechselkursanpassung kurzzeitig politischen Druck, der sich z.B. durch lohnstückkostenseitige Wettbewerbsprobleme aufgebaut hat, abbauen helfen. Dies vor allem, weil eine Kürzung der heimischen

[13] Vgl. Arne Heise; Schulmeister Deutschland oder: Wie Europa getietmeyert wurde; in: Blätter, H.7, 2005, S. 819 – 828.

[14] Vgl. Arne Heise; European Economic Governance – Wirtschaftspolitik jenseits des Nationalstaates; in: Wirtschaftsdienst, 85. Jg., 2005, S. 230 – 237.

[15] Vgl. Jörg Huffschmid; Licht am Ende des Tunnels? Anfänge einer europäischen Beschäftigungspolitik; in: Rudolf Dreßler u.a. (Hrsg.); Jenseits falscher Sachzwänge. Streiten für zukunftsfähige Politik, Hamburg 1998, S. 43 – 55.

[16] Vgl. Arne Heise; Perspektiven der Makropolitik im Euroland; in: ders. (Hrsg.); Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Marburg 1999, S. 193 – 208.

[17] Vgl. z.B. Wolfgang Streeck und Herbert Kitschelt (Hrsg.); Germany: Beyond the Stable State, London 2003.

[18] Vgl. Oliver Nachtwey; Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.

[19] Vgl. Christoph Egle und Christian Henkes; Später Sieg der Modernisierer über die Traditionalisten? Die Programmdebatte in der SPD; in: Christoph Egle u.a. (Hrsg.); Das rot-grüne Projekt. Die Bilanz der Regierung Schröder 1998 – 2002, Wiesbaden 2003, S. 67 – 92.

Reallöhne – und dies impliziert eine Abwertung gleichermaßen wie eine ‚wirksame' Nominallohnsenkung[20] – kurzfristig auf weniger psychologischen Widerstand stößt, wenn sie Folge der Wechselkurspolitik, nicht der Lohnpolitik ist. Hier zeigt sich eine Art der ‚Nominalillusion' der Menschen (denn real sind die Ergebnisse eben vergleichbar). Solange aber die institutionellen Anreize, die den Druck aufbauten, nicht angegangen werden, ändert sich dauerhaft nichts an dem Druck. Die Nutzung der Stellschraube ‚Wechselkurs' erhöht nur die Unsicherheitskosten – die sich in einer Erhöhung der Risikoprämie für alle Wirtschaftsteilnehmer des abwertenden Währungsraums niederschlagen -, sie unterminiert auch die Glaubwürdigkeit eines solchen anpassungsfähigen Festkurssystems. Naiv ist es auch, den „edelsten Ökonomen" (S. 72) – die doch zuvörderst für den von Streeck kritisierten Marktfundamentalismus verantwortlich sind – abzuverlangen, „ein zeitgemäßes System zugleich fester und flexibler Wechselkurse für Europa" (S. 72) zu beschreiben. Gefährlich sind die Streeckschen Visionen, weil sie einen zwar von den politischen Eliten nicht gewünschten, dennoch in dem Sinne einfachen Ausweg suggerieren, es müsse nur zum *Status Quo ante* zurückgekehrt werden und schon sei die nationalstaatliche Souveränität wiederhergestellt und der ‚Konsolidierungsstaat' (S. 71), der eine in Richtung politischer und sozialer Union weiterentwickelte Eurozone ‚unter heutigen Bedingungen' (S.71) nur sein könne, abgewendet. Den Briten werden die Ohren klingen, müssten sie doch nach dieser Analyse auf einer der wenigen Inseln der Prosperitäts-Glückseligen in einem Meer von Austeritäts-Schwermütigen leben. Und der sozialdemokratischen Regierung in Island würde sicher Unrecht getan, wenn die vergleichsweise günstige Nach-Krisenentwicklung Islands wesentlich darauf zurückgeführt würde, dass Island als Nicht-EWU-Mitglied noch über eine eigene Währung und einen Wechselkursmechanismus verfügt. Entscheidender ist die Tatsache, dass die isländische Regierung einen deutlich anderen, viel stärker an sozialer Gerechtigkeit und ausgewogener Lastenverteilung orientierten wirtschaftspolitischen Weg beschritten hat als alle Eurozone-Regierungen (und andere konservativ-liberale aber eben auch sozialdemokratische Regierungen wie Großbritannien oder Rumänien)[21]. Tatsächlich sind es also ‚die heutigen Bedingungen' – die weiterhin ungebrochene Dominanz der *ecclesia militans* und die darauf begründete Gestaltung der nationalen Wirtschaftspolitik und des europäischen Governance-Systems[22] –, nicht etwa das Vorhandensein oder die Abwesenheit eines relativen Preises, die die Inthronisierung des Marktes und den Primat der Ökonomie begründen. Diese Dominanz gilt es zu brechen – in Wissenschaft, Politik und Medien.

Maria Joao Rodrigues[23] entwirft mehrere potentielle Entwicklungsszenarien für die Eurozone, die im Kern darauf hinauslaufen, dass deren dauerhafter Bestand nur gesichert werden kann, wenn es zu einer Weiterentwicklung in Richtung Fiskal- und

[20] Eine Nominallohnsenkung führt zunächst einmal nur zu einer Preisniveausenkung – was den Reallohn unverändert lassen würde. Eine Reallohnkürzung wird erst daraus, wenn auch Importwaren in das heimische Preisniveau eingehen, die nicht von der Nominallohnkürzung betroffen sind. Damit aber kommen Nominallohnkürzungen zur Senkung der nominalen Lohnstückkosten und reale Abwertungen zu dem gleichen Ergebnis: sie treffen die Menschen mit Lohneinkommen und daran orientierten Sozial- und Lohnersatzleistungen.

[21] Vgl. Arne Heise und Hanna Lierse; Wirtschaftskrise, Austeritätspolitik und das europäische Sozialmodell; in: Wirtschaft und Gesellschaft, 37.Jg., H.2, 2011, S. 201 – 231.

[22] Vgl. Arne Heise; European Governance: Institutionelle Reformen nach der Krise; in: Wirtschaftsdienst, 91. Jg., H. 9, S. 634 – 642.

[23] Maria Joao Rodrigues; Mapping Future Scenarios for the Eurozone; Internationale Policy Analysis, Friedrich Ebert Stfitung, Berlin 2012.

letztlich Politische Union kommt – der langfristige Erhalt der Währungsunion ist also an einen veränderten Integrationsmodus und ein verbessertes Governance-System gebunden. Wenn aber der Bestand der Eurozone oberstes Gebot der politischen Elite in Europa ist – und sei es aus der tatsächlich diskussionswürdigen Identifikation von europäischer Einigung und europäischer Einheitswährung -, dann wäre die Sicherung des Euro die beste Gewähr für ein mittelfristiges Ende der Neoliberalisierung der europäischen Integration. Selbstverständlich würde das Ende der Gemeinschaftswährung nicht automatisch eine Umkehrung aller bisher realisierten Integrationsschritte in Europa bedeuten. Doch dass die Entwicklungen, die zu einem Auseinanderbrechen der gemeinsamen Währung führen, auch eine Stärkung extremer und insbesondere nationaler politischer Kräfte bedeuten müsste, lässt sich wohl kaum bestreiten und auch bereits in vielen Teilen Europas beobachten. Ob man also das Desintegrations- und Renationalisierungsausmaß auf ein funktionales Maß beschränken könnte, muss zweifellos als äußerst fragwürdig gelten.[24] Diese Gefahr der politischen (und natürlich auch ökonomischen) Destabilisierung der Mitgliedsstaaten der Eurozone, nicht etwa ein (neo-)funktionalistischer Integrationsmechanismus von Spill-over-Effekten, begründet also in realistischer und politökonomischer Perspektive nicht nur den grundsätzlichen Euro-Erhaltungsimperativ, sondern auch die Zurückweisung einer ‚muddling through'-Option, wie sie beispielsweise Benjamin Cohen als wahrscheinlichste Entwicklungsprognose beschreibt.[25] Damit mag man vielleicht noch über die gegenwärtige Eurokrise hinwegkommen, nicht aber über die nächste, kaum zu vermeidende Rezession, die dann nicht nur auf realwirtschaftlich ungünstigere Ausgangsbedingungen (Arbeitslosigkeit, Einkommensungleichheit, Staatsverschuldung) als 2008 treffen würde, sondern eben auch auf ein Governance-System, das keine Lösungswege offenbart, sondern in seiner Orientierung an der *ecclesia militans* Teil des Problems ist.[26]

[24] Vgl. z.B. Florian Hartleb; Zwischen Euroskeptizismus und nationalem Populismus; in: Vorgänge, 50. Jg., H.4, 2011, S. 95 – 104.

[25] Vgl. Benjamin J. Cohen; The future of the euro: Let's get real; in: Review of International Political Economy, Vol. 19, No.4, 2012, S. 689 – 700.

[26] Vgl. Arne Heise; Governance Without Government or, The Euro Crisis and What Went Wrong with European Economic Governance; in: International Journal of Political economy, Vol. 41, no.2, 2012, s. 42 – 60.